

# Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Dr. G. Alee.

VIII. Jahrgang.

Berlin, Dienstag, den 19. März 1889.

N<sup>o</sup>. 22.

## † Die Welf' — die Hohenzollern!

Im Namen der „wahren“ Freunde, der „besten“ Freunde Preußens wurde kürzlich in einem Neubegründeten, angeblich conservativen Zwecken dienenden Berliner Blatte „Das Volk“ eine Lanze für das Welfenthum gebrochen! Das Blatt findet es unrecht, daß dem Herzog Ernst August (Herzog von Cumberland) der Thron von Braunschweig vorenthalten wird; es meint, daß für die Beseitigung der Erbrechte des Herzogs kein Rechtsboden vorhanden sei, und beruft sich auf die „wahren“ und „besten“ Freunde Preußens, welche eine ganz andere Regelung der braunschweigischen Frage gewünscht haben und noch wünschen und, wie dies z. B. die Evangelische Monatschrift seiner Zeit gerathen habe, die Beseitigung des Herzogs nicht billigen. Durch die Einsetzung des Herzogs in Braunschweig könne die Bevölkerung Hannovers gewonnen werden, während man bisher, z. B. durch „Begünstigung der dem Volke verhassten Nationalliberalen“, Alles gethan habe, sie abzustößen. Das Blatt sieht hierin „politische Mißgriffe“ und konstatiert eine wachsende Abneigung der (hannoverschen) Bevölkerung gegen die neuen Verhältnisse.

Wäre letzteres wirklich richtig, so würde hieraus für den König von Preußen noch lange keine Verpflichtung erwachsen, unter Preisgebung der Interessen des Gesamtstaates und des deutschen Reichs den Stimmungen in Hannover Rechnung zu tragen. In der großen Politik sind Stimmungen allein kein Factor, der als maßgebende Richtschnur dienen könnte; sie werden stets und ganz besonders in diesem Falle durch andere Stimmungen mehr als wett gemacht; jede Neuerung begegnet in vielen Kreisen einer Abneigung, und Preußen wäre niemals das geworden, was es heute ist, wenn seine Könige sich in ihren Handlungen hierdurch jemals hätten beeinflussen lassen.

Aber die Behauptung von der wachsenden Abneigung der Hannoveraner ist thatsächlich unrichtig; sie entspringt nur dem Parteigöwisismus, welcher sich zu einem blinden Haß gegen die gerade in Hannover immer zahlreicher werdenden Nationalliberalen entwickelt hat. Wenn wirklich die Hannoveraner unzufriedener geworden sein oder werden sollten, so würde dies nur die Folge jener Vorspiegelungen unberufener Politiker sein, welche neuerdings auch nur den Gedanken einer Möglichkeit der Wiedererrichtung des Welfenthrones erörtern.

Abgesehen hiervon, verräth es geradezu eine Zuchtlosigkeit des politischen Denkens, eine Entartung des nationalen Gewissens, wenn ein Preuße sich zum Vorkämpfer welfischer Interessen macht und die Wiedererrichtung des Welfenthrones verlangt. Die Berufung auf den Rechtsboden und das Erbrecht ist in diesem Falle nichts anderes als eine gedankenlose Koketterie mit conservativen und monarchischen Grundätzen, hinter der sich der Pferdefuß antinationaler und einseitiger Parteiinteressen verbirgt. Denn es fehlt dem Herzog von Cumberland gegenüber jede Voraussetzung für die Anerkennung seines Erbrechts, da er — wie es in dem Bundesrathsbeschluß vom 2. Juli 1885 heißt — „sich in einem dem reichsverfassungsmäßig gewährleisteten Frieden unter Bundesgliedern widerstrebenden Verhältnisse zu dem Bundesstaate Preußen befindet.“ Mit anderen Worten, er befindet sich im Kriegszustande mit Preußen. Er hat seine Krone in Folge der Politik seines Vaters durch Kriegsrecht erworben, und er hat bisher seinen Frieden mit Preußen noch nicht abgeschlossen. Aus diesem Grunde mußte und muß ihm Braunschweig vorenthalten werden, jetzt und für alle Zeit!

Welcher wirklich wahre, welcher gute Freund Preußens könnte sich aber wohl unterfangen, unserer Regierung den Rath zu ertheilen, sich mit dem Welfenthum zu versöhnen und in dem Herzen Deutschlands, an der Grenze unseres Staates den Vertreter eines

Systems sich installieren zu lassen, dessen unheilvolle Wirkungen für die deutsche Nation eine vielhundertjährige Geschichte zur Genüge offenbart hat?

Der Rath jenes Blattes mag den hannoverschen Welfen und ausländischen Politikern aus dem Herzen gesprochen sein. Für Preußen-Deutschland aber bedeutet er nichts anderes, als eine Schlange an seinem Busen groß zu ziehen und Bresche zu legen in das große stolze nationale Gebäude, welches in Eintracht mit allen deutschen Fürsten unter dem Schutze der Hohenzollern errichtet ist. Man blättere nur die Bücher der Geschichte durch: die Welfen haben keine größere Aufgabe gekannt, als Kaiser und Reich zu bekämpfen, die Hohenzollern haben nach langen Mühen das Werk der Zerstörung beseitigt und Kaiser und Reich, das Ideal aller Deutschen, wieder verwirklicht!

Mit Empörung muß jeder wahre Freund Preußens, insbesondere jeder Conservative, diese angeblich conservative Kundgebung eines Berliner Blattes zurückweisen und gerade angeichts dieser und ähnlicher neuer Versuche, Stimmung für den Herzog von Cumberland zu machen, sich des alten Gegensatzes voll bewußt werden: „Die Welf' — die Waiblingen“, eines unvereinbaren Gegensatzes, der sich durch die geschichtlichen Ereignisse verwandelt hat in: „Die Welf' — die Hohenzollern!“

## Das Heer, der Freisinn und die Socialdemokratie.

Bei der Berathung des Nachtragsetats, welcher insbesondere eine Verstärkung der Feldartillerie in Aussicht nimmt, haben sich die Herren Richter, vom Freisinn, und Bebel, von der Socialdemokratie, wie gewöhnlich hervorgethan.

Dem ersteren ist es peinlich, daß Deutschland durch die vorgeschlagene Erhöhung in der Zahl der bespannten Geschütze einen Vorsprung vor Frankreich und Rußland gewinnen könnte. Thatsächlich freilich werden wir, wie der Kriegsminister ausführte, immer noch gegen die beiden Nachbarstaaten zurückbleiben, da insbesondere Frankreich eine sehr viel größere Zahl von Munitionswagen bespannt halten wird, als dies durch die deutsche Vorlage in Aussicht genommen ist, wenn auch die Zahl der bespannten Geschütze in Deutschland eine größere sein sollte als in Frankreich und Rußland. Ein solcher Vorsprung ist aber so wenig im Sinne des Herrn Richter, daß er sich auch darüber beklagt, daß Deutschland vor zwei Jahren seine Friedenspräsenzstärke mit Rücksicht auf die damals in Frankreich projectirte Verstärkung, welche 44 000 Mann betragen sollte, um 41 000 Mann vermehrt hat, während das damalige Project in Frankreich nur Project geblieben und mit dem Sturze Boulangers nicht verwirklicht worden sei: Frankreich habe vielmehr sein Heer nur um 18 000 Mann vermehrt, wir hätten also mit unserer Heeresverstärkung, welche 41 000 Mann betrug, ein Zubiel von 23 000. Dies kann Herr Richter so wenig verwunden, daß er allen Ernstes meint, es müsse eine Verminderung unserer Präsenzstärke, eine Auflösung der fünfzehn neuen Bataillone statt einer weiteren Verstärkung der Wehrkraft durch Vermehrung der Geschützbespannungen vorgenommen werden. Aber hiermit ist die Phantasie des Herrn Richter noch nicht erschöpft: er meint, wenn schon neue Mehrausgaben für das Heer verlangt werden, so habe doch die Regierung die Verpflichtung, dieselben anderweitig, d. h. durch Ersparung anderer Militärausgaben, zu compensiren. Welcher? Das hat er freilich nicht näher angedeutet.

Auf der gleichen Linie bewegt sich der Gedankengang des Herrn Bebel: er schaudert vor den immer neuen Rüstungen sämtlicher Staaten, vor dem fortwährenden Anziehen der „Schraube“, vor der fortwährenden Bervollkommnung der Mordinstrumente